

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, bei Zustellung durch die Boten 2,- Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger Zwang) sind die Lieferungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungsanstalten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigenpreis: Die Kleingeldspalten Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg., berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachdruck verliert, wenn der Anzeigen-Vertrag durch Klage eingeleitet werden muß oder wenn der Auftraggeber in Abzug geht.

Postanschrift: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kähle, Groß-Okrilla

Nummer 119

Freitag, den 10. Oktober 1919

18. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Mütterberatungsstelle.

Das Wohlfahrtsamt Dresden-N-Land wird in hiesiger Gemeinde eine Mütterberatungsstelle einrichten. Mütter und Pflegerinnen finden dort sachkundigen Rat, wie sie ihre Kinder pflegen und ernähren müssen. Die Beratung geschieht durch eine Schwester, welche

Freitag, den 10. d. Mts., nachm. von 2—3 Uhr in der alten Schule zu Ottendorf erstmalig Sprechstunde abhalten wird.

Es wird eruchtet, von der neuen Einrichtung reichlich Gebrauch zu machen.

Ottendorf-Okrilla, am 8. Oktober 1919.

Der Gemeindevorstand

Nachtschutzmännchen gesucht.

Hier ist die Stelle eines Nachtschutzmännchens am 1. November d. J. zu besetzen. Zuverlässige und kräftige Bewerber wollen sich

bis 15. d. Mts.

unter Angabe ihrer Entschädigungsansprüche möglichst schriftlich melden.

Ottendorf-Okrilla, am 7. Oktober 1919.

Der Gemeinderat.

Einführung von elektrischem Strom.

Um einen Überblick über den voraussichtlichen Bedarf der Gemeinde an elektrischem Strom zu erhalten, sind jetzt Hausbesitzer Fragebogen zur Beantwortung zugestellt worden. Wir bitten um möglichst genaue Ausfüllung und Abgabe im zuständigen Gemeindevorstand.

Wenn Ergebnis dieser Umfrage wird es abhängen, ob eine Verzinzung der Anlage zu erwarten ist und ob die Gemeinde der Angelegenheit überhaupt näherzutreten kann.

Ottendorf-Okrilla, am 4. Oktober 1919.

Der Gemeindevorstand.

Gemeindesteuer-Zuschlag.

Der Gemeinderat hat für das laufende Jahr die Einführung eines Gemeindesteuer- und Gemeindegeldsteuer-Zuschlages von 15% beschlossen. Der Zuschlag ist bei Bezahlung des 4. Termins Gemeindesteuer

am 1. November d. J.

zu entrichten. Besondere Steuerzettel werden nicht ausgeben.

Ottendorf-Okrilla, am 8. Oktober 1919.

Der Gemeindevorstand.

Der beginnende Schulkampf.

Wie nach den Beschlüssen der Nationalversammlung zur Schulfrage voranzusehen, entbrennt nunmehr in den Gemeinden der Kampf um den Religionsunterricht auf der einen Seite. Bekanntlich hat er mit besonderer Anspannung in Berlin angefangen. Unverkennbar bildet hier in den kirchenfeindlichen Reihen der Sozialdemokratie die ernste Bestrebung den Antrag, daß in der Beoditung die völlige Ausschließung der Schule wenig Anhang findet. Wurde doch in den 30 Versammlungen Groß-Berlins, die die Gruppe der Mehrheitssozialisten am 24. September einberufen hatte, lebhafteste Klage darüber geführt, daß die Eltern überal, selbst in den Gemeinden des radikalen Charakters, ihre Kinder ruhig weiter am Religionsunterricht teilnehmen lassen. Und der in der stürmisch verlaufenen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20. September herbeigeführte Beschluß, daß die Schuländerung auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberechtigten ohne weiteres vom Religionsunterricht befreit werden sollen, entsprang ersichtlich der gleichen Besorgnis. War doch wenige Tage zuvor in einer großen Berliner Versammlung für die weltliche Schule noch bewegliche Klage darüber geführt worden, daß in den Berliner Arbeitervierteln, besonders im Norden und Osten, so wenig Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien lassen. Und mußte man doch in derselben Versammlung erleben, daß sogar eine „Genossin“ die Straße verteidigte und u. a. anführte, „daß ihr Nachbar, ein scharfer H. S. P.-Mann, auf seinem Kriantentag wieder kirchlich gefirmt worden sei.“

Der Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung

wird natürlich von kirchenfeindlicher Seite zu eifriger Propaganda ausgenutzt werden, wie man denn überhaupt kein Mittel unversucht lassen wird, Sturm gegen die christliche Schule zu fassen. So hat z. B. eine Versammlung in Grünau beschlossen, in eine Hausagitation einzutreten, um die weltliche Schule so bald als möglich zu erreichen. Um so dringender ist der zielbewusste Zusammenschluß aller geboten, die in der Erhaltung des Religionsunterrichts in den Schulen die Gewähr für die Erhaltung der Religion überhaupt in den kommenden Geschlechtern des deutschen Volkes erblicken. Die gegebene Richtlinie für ihr Verhalten bietet sich ihnen in der Kundgebung an die Erziehungsberechtigten, die der Deutsche Evangelische Kirchentag in Dresden am 5. September erteilt. Sie besagt:

Der Deutsche Evangelische Kirchentag fordert alle Erziehungsberechtigten auf, mit glaubensmüthiger Entschlossenheit um der heranwachsenden Jugend willen für bestehende öffentliche evangelische Schulen einzutreten und mit aller Entschiedenheit gegen die religionslose Schule zu arbeiten. Der Deutsche evangelische Kirchentag hofft, daß alle evangelischen Erziehungsberechtigten das durch die Reichsverfassung gegebene Recht, die Art der Schule zu bestimmen, ausüben, und erwartet, daß die kirchlichen Organe und Vereine tatkräftig die Arbeiten für die evangelische Schule unterstützen.

Die Stunde der Entscheidung für den Bestand der christlichen Schule ist gekommen. Sie liegt in der Hand der christlichen Eltern. Aber nur enger Zusammenhalt wird zum Ziele führen!

Neuere vom Tage.

— Mittwoch mittag wurde vor dem Reichstagsgebäude auf den Führer der Unabhängigen, den Abg. Quase-Königsberg, der als erster in der politischen Debatte das Wort nehmen sollte, ein Revolverattentat verübt. Ein Unbekannter eilte plötzlich auf den Abg. Quase zu, der sich mit seiner Frau zu Fuß nach dem Reichstag begeben wollte, und gab aus unmittelbarer Nähe fünf Revolvergeschosse ab, die Quase am linken Arm und am rechten Unterarm und am Unterleib verwundeten. Quase brach unmittelbar vor dem Reichstagsgebäude zusammen. Ein sofort anwesender Arzt konnte feststellen, daß Quase, der auch das Bewusstsein behielt, ziemlich schwer verwundet war. Er wurde zunächst in das Reichstagsgebäude und dann in eine Klinik geschafft. Der Täter versuchte zu fliehen. Es wurden zwei Schüsse auf ihn abgegeben, die aber nicht trafen. Darauf blieb er stehen und ließ sich verhaften. Das Publikum versuchte ihn zu lynchen. Dem Eingreifen des Oberwachmeisters Witt gelang es, ihn in Sicherheit zu bringen und auf der Polizeiwache abzuliefern. Er gab bei seiner eigenen Vernehmung den Schützen an, daß er ein operierender Revolver- und Galanteriewarenarbeiter Johann Bog, 52 Jahre alt und aus Wien gebürtig sei. Sein Vater sei Reichsdeutscher und zwar aus Lübeck, gewesen. Er habe die Tat in vollem Bewusstsein und bei absoluter Nüchternheit begangen, weil Quase gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung angestrengt habe. Er war auch der Meinung, daß er Quase nicht nur angeschossen, sondern getötet habe und sprach seine Genugtuung über diesen Erfolg seines Attentates aus. Bog wurde alsbald zur Polizeiwache geschafft.

— Laut B. J. a. M. ist Graf v. d. Solz vorgestern endgültig aus dem Baltikum nach Deutschland abgereist.

— Nach einer Meldung der Tilsiter Zeitung ist die Nachricht, daß der Rudtransport der Truppen aus dem Baltikum bereits im Gange sei, unzutreffend. Bei den jetzigen Truppen, die im Baltikum bleiben sollen, ist unter dem Major Bischoff nach einer Meldung des Berl. Tagbl. eine Art Nachrichtenstelle eingerichtet worden, welche die Truppen in ihren Absichten unterrichten und die Presse mit Nachrichten im Sinne der dortigen Kommandos versehen soll.

Deutsches und Sachsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 9. Oktober 1919.

— Die Staatsschulden Sachsens betragen 1272 Mill. Mark im Jahre 1919 gegenüber 952 Millionen im Jahre 1917. Diese gesamte Staatsschuld wurde vom Reich mit übernommen anlässlich der Uebernahme der sächsischen Staatseisenbahnen durch das Reich.

— Errichtung eines Abwidelungsamtes für das vormalige Kriegsministerium. Die Reichswehr-Befehlshaber

Sachsen ist unterm 30. September aufgelöst worden und an deren Stelle das „Sächsische Kriegsministerium, Abwidelungsamt“ getreten. Zum Vorstand desselben ist Oberstleutnant v. Lorben ernannt worden. Die bisherigen Abteilungen bleiben in veringertem Maße weiter bestehen wie bisher. Das gesamte Abwidelungsamt mit Ausnahme der Verwaltungsteilung ist im Blockhaus, wo sich das Kriegsministerium unter Minister Reuring befand, untergebracht worden.

— Warnung. In letzter Zeit werden im Schleißhandel und auch öffentlich größere Mengen unversteuerter Zigaretten englischer, belgischer oder amerikanischer Herkunft angeboten. Da die Packungen dieser Zigaretten nicht mit dem erforderlichen Steuerzeichen versehen sind, verfallen sie nach der Ausnahme nicht zulassenden Vorschrift des § 23 des Abg.-St.-Ges. unter allen Umständen der Einziehung durch die Steuerbehörde ohne Rücksicht darauf, wenn sie gehören und ob gegen den Eigentümer oder eine andere Person ein Strafverfahren eingeleitet wird. Es muß daher vor dem Ankauf derartiger Zigaretten dringend gewarnt werden.

— Die neuen Postwertzeichen sind in Arbeit bei der Reichsdruckerei und werden voraussichtlich im Laufe des Monats Oktober ausgegeben. Neu hergestellt werden Briefmarken zu 75 Pfg., zu 1 Mt. 25 Pfg., zu 1 Mt. 50 Pfg. und zu 2 Mt. 50 Pfg., Kartenbriefe zu 20 Pfg., inländische Postkarten zu 10 und 15 Pfg., Weltpostkarten zu 15 Pfg., Postanweisungen zu 40 Pfg., Rohpostbriefumschläge zu 60 Pfg. und endlich Rohpostkarten zu 50 Pfg. Von den drei verschiedenen Postkarten werden auch Doppelposten für die Antwort vorausgibt. Die Freimarken und Postkarten zu 18 Pfg. erhalten einen anderen Farbenton als bisher. Der überall durchgeführten Vereinfachung im Postbetriebe entspricht es, wenn künftig möglichst wenig Postwertzeichen gefertigt werden. Abgesehen von den den ganz entbehrlich werdenden Briefmarken zu 2, 2½, 3 und 7½ Pfg., wie den Karten und Doppelposten zu 7½ Pfg. werden auch die Briefmarken zu 35 und 60 Pfg. nicht mehr weiter hergestellt und vertrieben. Beide Werte sind erst in den letzten Jahren eingeführt worden, die eine für eingeklebten Briefe und die andere für Nachnahmepakete. Die Vorräte von Wertzeichen wie Ganzsachen werden natürlich aufgebraucht und nötigenfalls durch Nachkäufen von Freimarken ergänzt. Die Postanstalten sind angewiesen, die entbehrlich werdenden Marken nach Möglichkeit zu verbrauchen, bis die neuen Werte erschienen sind.

Dresden. Im Gefangenenhaus der Polizeidirektion wurde am Dienstag nachmittag ein aus Siebenbürgen stammender 31 Jahre alter Barbier Syttanik als verhaftet eingeliefert. Noch ehe seine Taschen durchsucht wurden, zog er einen Revolver und erschoss sich, ohne daß er daran gehindert werden konnte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

— Vier sogenannte gute Freunde hatten am Dienstag nachmittag in der Stadt gezecht und waren dann in der Wohnung eines in der kleinen Brüdergasse wohnenden Freundes gegangen. Dort gerieten sie aber beim Spiel so heftig in Streit, daß sie das Messer zückten und aufeinander eintrugen. Ein 44-jähriger verheirateter Dachdecker auf der Schäferstraße wohnhaft wurde bei dieser Rauferei schwer verletzt, sodas er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Polizei nahm die übrigen fest.

— Unter den Dresdner Metallarbeitern hat sich in letzter Zeit eine Bewegung bemerkbar gemacht, die zu einem Streik auszuwachsen droht. Das Arbeitsministerium hat darum zwischen den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verhandlungen angeregt, die unter dem Vorsitz des Gewerberates Schetelich abgehalten wurden.

Schwarzenberg. Nachdem vor einigen Jahren das Dorf Sachsenfeld und im vergangenen Monat Neuwelt dem hiesigen Stadtbezirk einverleibt wurden, hat nun auch der Gemeinderat des angrenzenden Ortes Wildenau mit großer Mehrheit den Anschluß an Schwarzenberg beschlossen.

Zwickau. Die hiesigen Bäder haben wegen der Kohlenknappheit sich bereit erklärt, ihrer Kundenschaft an den betriebsfreien Nachmittagsstunden die Bädern zum Wärmen Baden und Braten kostenlos zu überlassen.

— Durch Abwurf in den Schacht erlitt hier der Bergarbeiter Zimmermann den Tod. Er war infolge eines Fehltrittes in die Tiefe gestürzt, wo er mit zertrümmertem Schädel liegen blieb.

